

Nachdem der kolumbianische Präsident Santos bekanntgegeben hat, dass Friedensgespräche mit der FARC aufgenommen werden sollen, diskutieren die Medien die beabsichtigte Vorgehensweise.

Dazu EL ESPECTADOR online am 29.8.2012:

Die Sicherheit ist der erste Punkt auf der Friedensagenda

Als Präsident Juan Manuel Santos öffentlich erklärte, dass Regierung und FARC die Aufnahme von "Sondierungsgesprächen im Hinblick auf einen Friedensdialog" vereinbart haben und er hinzufügte, man wolle "aus Fehlern der Vergangenheit lernen und diese nicht wiederholen", tat er dies, weil bereits eine Vereinbarung auf dem Weg ist, die unter totaler Geheimhaltung in Havanna/Kuba ausgehandelt wurde und weil, wenn er von Fehlern spricht, niemand bezweifelt, dass er sich damit bezieht auf die negative Erfahrung in Caguán(Ort, an dem die Regierung Pastrana 2000-2002 mit der FARC verhandelte, A.d.Ü.), wo es Protagonismus, Spektakel und wenig Ergebnisse zur Genüge gegeben hatte.

Nach Havanna gelangte man dismal nach einem langen Weg. Santos war nur wenige Tage im Amt, als er schon Vorschläge auf den Tisch legte zusammen mit seinem Versprechen, alles für die Suche nach Frieden zu tun. Unter den zu prüfenden Formeln waren auch Botschaften der Guerrilla, mit denen sie die Möglichkeiten zur Herstellung von Kontakten sondierte, kanalisiert über Leute in der Umgebung des Präsidenten. Hinzu kam, dass der später getötete Oberkommandierende der FARC Alfonso Cano die Idee unterstützt hatte, mögliche Verhandlungen im Ausland zu führen.

Schließlich, nach Botschaften in beiden Richtungen, konkretisierte sich das erste Treffen in Havanna. Die Regierung wurde vertreten durch den hochrangigen Berater Sergio Jaramillo und in persönlicher Verantwortung durch den Bruder des Präsidenten, den Journalisten Enrique Santos Calderón. Die FARC fand sich ein mit Mauricio Jaramillo, alias "El Médico" als Sprecher, der unter Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes aus dem Süden Kolumbiens nach Kuba reiste in einem offiziellen Flugzeug des kolumbianischen Staates.

Und wie zu erwarten, konnte der erste Punkt der Tagesordnung nur die Sicherheit sein. Dabei ging es nicht nur um die Sicherheit der Verhandler und Unterstützer, sondern auch um die des gesamten Trosses im Fall aufzunehmender Verhandlungen. Mit anderen Worten: Spricht man von Fehlern der Vergangenheit, dann gibt es keinen größeren als den der Auslöschung der Unión Patriótica (Linkspartei, deren Führungsspitze in den 90er Jahren durch Militär und rechte Paramilitärs getötet wurde, A.d.Ü.). Daher muss jegliche Verhandlungsoption mit den Sicherheitsgarantien für beteiligte soziale Bewegungen beginnen, die den Verhandlungsprozess begleiten sollen.

Dies bedeutet, dass der erste Schritt eines eventuellen Weges zum Frieden über den Dialog die Garantie der politischen Beteiligung und die Respektierung der Rechte der Opposition sein muss. Ohne die Erfüllung dieser Bedingung ist die Friedenshoffnung von Beginn an tot. Von diesem Punkt an versuchte man, eine Agenda aufzustellen, in der für die FARC das Soziale Vorrang hat, für die Regierung dagegen die Menschenrechte, das internationale humanitäre Recht und die Frage einer rechtlichen Übergangsregelung. Auf dem Tisch liegen aus der Sicht der Vermittler außerdem eine Agrarreform und die Frage der Demobilisierung oder Niederlegung der Waffen.

Es ist logisch, dass dies kein leichter oder schneller Weg sein wird. Deswegen auch die Bedingung, dass die Gespräche im Ausland und unter größter Verschwiegenheit stattfinden

sollen. Aus der Erfahrung, wie sie selbst einen Friedensprozess miterlebt hat, betont Vera Grabe, frühere Guerrillera der M19 und heutige Direktorin des Beobachtungszentrums für Konflikt und Frieden, dass Vorsicht fundamental ist. "Solche Prozesse nutzen sich ab, wenn alle reden und alle Welt Meinungen äußert oder seine Sichtweisen in den Vordergrund stellen möchte, und das darf nicht passieren. Es geht nicht um die Verhinderung von Transparenz, sondern darum, den Mund zu halten".

Gemäß diesen ersten Ideen steht heute fest, dass die Verhandlungen in Oslo beginnen sollen, aber die Hauptarbeit in Havanna geleistet werden soll. Wenn es keine Verzögerungen gibt, dann wird in wenigen Tagen die Vereinbarung zur Aufnahme von Verhandlungen fertig sein und von Präsident Santos verkündet werden. Von einer Quelle erfuhr EL ESPECTADOR, dass der frühere Staatschef Kubas Fidel Castro sich bemüht, dass dieses Mal der Weg zum Frieden in Kolumbien geöffnet wird, denn er sieht es als entscheidend an, ein Jahrhundert der Gewalt in Lateinamerika zu beenden.

In einem internationalen Kontext, der heute so stark von Aspekten der Menschenrechte geprägt ist, benötigt jegliche Annäherung zwischen Regierung und Guerrilla internationale Begleitung. Momentan erwartet man, dass es Venezuela und Chile sein werden, die als Garantiemächte fungieren sollen. Nicht auszuschließen ist, dass später andere Länder hinzukommen werden, die Kolumbien zu anderer Zeit bei der Suche nach Frieden geholfen haben, z.B. Frankreich, die Schweiz und Spanien, die momentan wie die restliche Welt auf gute Nachrichten warten.

Ein Thema ist nach wie vor nicht klar, könnte jedoch an Wichtigkeit verlieren: Der Waffenstillstand. Dennoch ist klar, dass dieser sich nicht lange verzögern darf, denn dieser Punkt hat für die Zivilgesellschaft höchste Priorität. Wichtig ist auch das Thema der Drogenwirtschaft, besonders aus der Sicht der USA. Ansonsten muss man eben Konsens suchen und danach, dass jeden Tag mehr Gruppierungen sich der Friedensinitiative anschließen.....

Momentan zirkulieren viele Ideen und ein grundsätzliches Thema: Zu versuchen, die bewaffneten Aktionen zu begrenzen, denn nichts ist erschöpfender als eine Friedensverhandlung inmitten des Krieges. Alles Weitere wird man sehen, besonders auf dem Feld der Justiz.....

Es ist klar, wie es Antonio Navarro(früherer Guerrillero der M19, A.d.Ü.) sagt, dass niemand von den Waffen ablässt, dem man es verwehrt, auf politischem Weg Veränderungen zu erreichen.

So wie die Dinge liegen, erwachte das Land an diesem Dienstag in einem veränderten Klima. Auch wenn es noch kritische Stimmen gibt, die jede Friedensannäherung ablehnen, überwiegen doch jene Stimmen, die glauben, es existiere nun eine neue Chance für politische Verhandlungen. Und, da gibt es keinen Zweifel, entscheidend ist es die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, wie es Präsident Santos ausdrückte. Das heißt, eine neue Friedenspolitik muss so wenig wie möglich der von Caguán ähneln, wo es viele Mikrofone aber wenig Willen zum Frieden gab.